

# „Das Ziel lautet mehr Inklusion“

journal.lu - 21.08.2018



Laurent Dura bleibt nach der Neuaufstellung der EDIFF im Ministerium für den Bereich Sonderpädagogik zuständig.  
Foto: Editpress/Hervé Montaigu

LUXEMBURG  
CHRISTIAN BLOCK

## Sonderpädagogik im Umbruch: EDIFF-Direktor Laurent Dura koordiniert den Übergang zu den acht Kompetenzzentren

Ab diesem Herbst wird es die „Education différenciée“ (EDIFF) in ihrer heutigen Form nicht mehr geben. Das Gesetz über die Sonderpädagogik, das immerhin auf das Jahr 1973 zurückgeht, wie auch das Gesetz über das „Centre de Logopédie“ von 1968, werden mit dem Ende Mai dieses Jahres vom Parlament verabschiedeten Gesetz im Grunde abgelöst. Laurent Dura ist seit April Direktor der EDIFF. Seine Aufgabe besteht darin, den Umbruchprozess zu begleiten und die Neuaufstellung mit acht Kompetenzzentren zu koordinieren.

## Aufregung um „équipes multiprofessionnelles“ hat sich gelegt

Die regionalen Sonderschulen etwa werden in das „Centre pour le développement intellectuel“ ausgegliedert. Die spezialisierten Institute für Sehschwäche, Motorik und autistische und psychotische Kinder werden ebenfalls zu eigenständigen

Kompetenzzentren mit je einer Direktion. Drei der acht Kompetenzzentren entstehen neu.

Die früheren „équipes multiprofessionnelles“ (EMP) - das zweite Standbein der EDIFF - werden indes teils die Kompetenzzentren verstärken, teils den Regionaldirektionen angegliedert, um als „équipes de soutien des élèves à besoins particuliers ou spécifiques“ (ESEB) beispielsweise eine erste Diagnose in den Schulen zu stellen. Die Aufregung der Personalvertretung der EDIFF im vergangenen Herbst scheint indes heute kein Thema mehr zu sein. „Dieser Prozess ist soweit abgeschlossen. Die Mitarbeiter hatten die Möglichkeit, ihre Präferenzen anzugeben. In 95 Prozent der Fälle konnten wir der ersten Wahl der Mitarbeiter Rechnung tragen, in der zweiten Runde 98 Prozent“, erklärt Dura. Dabei fällt auf, dass sich von den rund 250 Mitarbeitern in den EMP „110 bewusst für die ESEB entschieden haben“, die damit seit dem 1. Juni den Regionaldirektionen unterstehen. Die Aufregung führt Dura daher eher auf eine „nicht ganz glückliche Kommunikation“ zurück als auf grundsätzliche Bedenken hinsichtlich eines Wechsels. Positiv hebt Dura hervor, dass seit ein paar Jahren wieder in die Ediff investiert wird. Heute besteht die Sonderpädagogik aus rund 600 Posten, das entspricht etwa 700 Mitarbeitern. „Allein in diesem Jahr sind 127,5 neue Posten für die geplanten Kompetenzzentren hinzugekommen“, bemerkt der gelernte Pädagoge, der daran erinnert, dass die Ediff „nie über ausreichend Ressourcen verfügte“. Was eine Ursache dafür sein mag, dass die Betreuung von Kindern mit spezifischen Bedürfnissen in der Vergangenheit nicht immer optimal organisiert werden konnte.

## Das Regelschulsystem „fit machen“

Durch die Reform erwartet sich Dura, dass Eltern in Zukunft weniger häufig auf Sonderschulen zurückgreifen werden. „Das Ziel lautet, mehr Kinder in der Regelschule zu halten, so lange wie der Unterricht den Bedürfnissen der Kinder gerecht wird und wenn es die Eltern so wollen“.

Ziel der Kompetenzzentren sei es, mehr ambulant präsent zu sein, nicht mehr Sonderklassen zu schaffen. „Die Kompetenzzentren sollen zu den Schülern gehen, nicht umgedreht“, betont Dura. Parallel dazu soll „das Regelschulsystem so fit gemacht werden, dass es immer mehr selbst Verantwortung übernehmen kann“. Damit spricht Dura das Coaching an. Die Kompetenzzentren sollen den Lehrkräften fachlich zur Seite stehen und auch Sensibilisierungsarbeit betreiben, warum etwa ein Kind mit spezifischen Bedürfnissen ein bestimmtes Verhalten an den Tag legt.

Dem EDIFF -Direktor zufolge werden alle Kompetenzzentren im Herbst operationell sein, auch wenn die Zentren auch danach noch Zeit brauchen werden, um in ihre neuen Aufgaben hineinzuwachsen. Fünf dieser Zentren werden übrigens in direkter Nachbarschaft zueinander in Strassen angesiedelt sein, was ihrer Vernetzung untereinander förderlich sein soll.

## Ein Prozent der Schüler besuchen Sonderschule

Laut Angaben des Bildungsministeriums waren im Schuljahr 2016/17 875 Kinder und Jugendliche in der EDIFF und im „Centre de Logopédie“ angemeldet. Die ambulante Begleitung durch die „équipes multiprofessionnelles“ oder das „Institut pour Déficients Visuels“ (IDV) - insgesamt 780 - sind dabei nicht mitgezählt. „Ein Prozent der schulpflichtigen Kinder in Luxemburg besucht nicht die Regelschule“, fügt Dura an. Im internationalen Vergleich sei das wenig. Die proportionale Entwicklung über die Jahre sei zudem konstant.

In Luxemburg besagt das Gesetz seit Anfang der 1990er, dass alle Kinder prinzipiell in die Regelschule gehen. Eltern müssen also den ersten Schritt machen, wenn sie eine Sonderbeschulung für ihr Kind wollen. Was die grundsätzliche Frage der Inklusion angeht, ist Dura der Ansicht, dass man Eltern diese Wahl lassen sollte. „Für mich steht der einzelne Schüler, das Kind im Mittelpunkt und nicht eine Ideologie.“ Es geht Dura zufolge darum, zu prüfen, was das einzelne Kind braucht und wie man dem am besten entsprechen könne. „Man sollte nicht das eine oder andere als das einzige Richtige darstellen“, argumentiert er und gibt zu bedenken, dass auch heute schon eine Kombination zwischen Sonder- und Regelschule möglich sei. Was aber aufgrund der örtlichen Trennung in der Vergangenheit eine organisatorische Herausforderung darstellte. Heute werde bei der Planung von neuen Schulen Wert darauf gelegt, eine Art Campus zu bilden, damit auch gemeinsame Aktivitäten von Schülern neben einer Sonderbeschulung möglich sind. Auch Klassen in Lyzeen anzubieten ist ein zunehmender Trend. „Heute ist die Hälfte der Schüler älter als zwölf“, bemerkt Laurent Dura. Inzwischen arbeite heute jedes regionale „Centre d'éducation différenciée“ mit einer Sekundarschule zusammen oder organisiert Klassen in der jeweiligen Schule. Um sicherzustellen, dass Kinder nicht jahrelang in einer Sonderschule „hängen“ bleiben, sieht das Gesetz auch Neuevaluierungen vor, zum Beispiel bei „Transitionsmomenten“ (wenn Schüler zwölf oder 16 Jahre alt werden) oder auf Anfrage der nationalen Inklusionskommission (CNI), an die sich zu diesem Zweck auch Eltern oder ein behandelnder Arzt wenden können. Bis jetzt war eine Neuevaluierungsfrist nicht gesetzlich geregelt, allerdings sei in der Praxis eine Neuevaluierung spätestens nach drei Jahren erfolgt, erklärt Dura.